

„Wer sich für den Aktivismus entscheidet, muss sein Expertenamt aufgeben“

Gespräch mit Caspar Hirschi über Experten, die Kritik an ihnen sowie Tücken und Chancen des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik

Interview von Michael Lühmann und Luisa Rolfes mit Caspar Hirschi

Schlagwörter: Beratung, Beratungsdienstleistungen, Demokratie, Experten, Fortschritt, Politikberatung, Politisches System, Technokratie (STW) | Beratung, Demokratie, Ermessensfrage, Experte, Fortschritt, Krise, Politikberatung, Politisches System, Spezialisierung, Technokratie, Umweltkrise (TheSoz)

Nachdruck von Lühmann, Michael und Luisa Rolfes. 2020. „Wer sich für den Aktivismus entscheidet, muss sein Expertenamt aufgeben“: Gespräch mit Caspar Hirschi über Experten, die Kritik an ihnen sowie Tücken und Chancen des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik. *Indes* 9, Nr. 3: 7-18. <https://dx.doi.org/10.13109/inde.2020.9.3.7>.

Der Nachdruck des Interviews erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der Zeitschrift „Indes“, des Vandenhoeck & Ruprecht Verlags, des:der Interviewer:in (Herrn Michael Lühmann und Frau Luisa Rolfes) sowie Prof. Dr. Caspar Hirschi. Die Herausgeber danken allen Beteiligten.

„Droht uns die Expertokratie?“, fragte Wolfgang Rieger in der Zeit im Juli 1964, in jenen Jahren, in denen der Glaube an den Fortschritt kaum Grenzen kannte, Utopien von Planbarkeit und Machbarkeit sich Bahn brachen und Robert Jungk davon träumte, irgendwann Planer klonen zu können, als Experten, die der Politik auf Basis von Kennzahlen und Wissen das Richtige als Beschlussvorlage empfehlen würden. Wo stehen wir heute, einige Dekaden später, bezüglich der Sorge vor einer Expertokratie?

Der Vergleich mit den 1960er Jahren ist aufschlussreich. Damals stand der Westen im Zeichen des Sputnikschocks. Die Politik pumpete enorme Summen in Wissenschaft und Technik, aus Angst, das technologische Wetttrüsten mit der Sowjetunion zu verlieren. Aus der Rückschau erscheint die damalige Politik von Panik, Ideologie und Machtinteressen getrieben. Auf viele Zeitgenossen jedoch wirkte sie wie ein technologischer Sachzwang. Der Soziologe Helmut Schelsky entwarf bereits 1961 das Zukunftsszenario einer von Experten dirigierten Politik, die sich nur noch auf das effiziente Umsetzen des technologisch Notwendigen beschränken würde. Das Beschwören einer Expertokratie konnte utopischen oder dystopischen Charakter haben. Egal aber, wie sie bewertet wurde, sie bedurfte damals einer theoretischen Begründung, um ernst genommen zu werden. Damit konnte auch die Technokratiekritik theoretisch anspruchsvolle Formen annehmen, so etwa in Hermann Lübbes „Zur politischen Theorie der Technokratie“ von 1962 oder in Jürgen Habermas' „Technik und Wissenschaft als Ideologie“ von 1968.

Ist heute von dieser theoretischen Diskussion über die Expertokratie noch etwas zu spüren?

Sie ist von der Bildfläche verschwunden, und das, obwohl das Gespenst der Expertokratie wieder allgegenwärtig ist und die Überlegungen eines Habermas kaum an Aktualität eingebüßt haben. Durch Bedrohungen wie den Klimawandel und das Coronavirus haben technokratische Einstellungen neuen Auftrieb erhalten. Allerdings sind sie intellektuell zusammengeschrumpft. Sie beschränken sich auf die gebetsmühlenhafte Forderung, die Politik müsse den Vorgaben der Wissenschaft folgen. Die Norm des Sachzwangs ist zurück, mit allen Illusionen einer kennzahlenbasierten Politik, aber jeder theoretischen Begründung entkleidet. Was sie für die Demokratie, was sie für die Wissenschaft bedeutet,

wird bestenfalls am Rande diskutiert. Eine Folge davon ist, dass Experten laufend in Kontroversen über politische Ermessensfragen geraten, in denen sie den Boden ihrer wissenschaftlichen Kompetenz verlassen. Ob es zum Beispiel angebracht ist, das Recht auf Bildung von jungen Menschen zu beschneiden, um die Ausbreitung des Virus zu bremsen, kann weder ein Virologe beantworten, der gerade einen Artikel über die Spanische Grippe gelesen hat, noch eine Pädagogin, die sich mit Kindern aus bildungsfernen Familien beschäftigt, und schon gar nicht ein Epidemiologe, der die Anzahl verhinderter Todesfälle durch Schulschließungen hochrechnet, ohne zu wissen, welche Ansteckungsgefahr von Kindern ausgeht. Die eigentliche Tragik aber besteht darin, dass sich zur theoretischen Blöße des expertokratischen Denkens eine noch krudere Expertenkritik in der Gestalt von Verschwörungsmythen gesellt hat. Den verwaisten Platz von Habermas haben Populisten eingenommen; die reflexive Fallhöhe ist schwindelerregend.

Wir sind mit den 1960er Jahren eingestiegen, aber die Sozialfigur des Experten ist ja mutmaßlich deutlich älter: die Gründer und Deuter der antischen Demokratie, der reisende Gelehrte des Mittelalters, Luther als Mittler von Geist und Macht, der Geheimrat Goethe? Wo begegnet uns die Sozialfigur des Experten zuerst?

Das hängt davon ab, was wir unter Experten verstehen. Der Begriff wird in der Alltagssprache so inflationär und unscharf verwendet, dass man die Geschichte des Experten problemlos in der griechischen Antike beginnen lassen könnte. Platons Philosophenherrschaft wäre dann der erste Entwurf einer Expertokratie. Ich würde allerdings von einer solchen Genealogie abraten, weil sie unser Verständnis der spezifischen Konstellationen, in denen Expertinnen heute auftreten, eher erschwert als erleichtert. Erhellender scheint mir, bei der Etymologie anzusetzen.

Warum?

Wenn wir die historischen Umstände kennen, unter denen der Expertenbegriff entstanden ist, können wir ihn auch trennschärfer verwenden. Das Substantiv „expert“ ging aus der französischen Gerichtssprache des 17. Jahrhunderts hervor und bezeichnete anfänglich den Sachverständigen vor Gericht. Von ihm wurden zwei Eigenschaften erwartet: Spezialwissen auf dem Gebiet seines Be-

rufes und Unbefangenheit gegenüber dem Gegenstand der Verhandlung. Dazu kam die implizite Erwartung, einen Sachverhalt vor Laien verständlich darzulegen. Als die Expertenrolle im 18. Jahrhundert vom Gericht in die Politik expandierte, erweiterte sich ihr Aufgabenbereich um ein entscheidendes Element: Es ging nicht mehr nur um das Einschätzen von Sachverhalten, sondern auch um das Empfehlen von Maßnahmen.

Womit wir beim modernen Experten angekommen sind?

Der anfängliche Kontext der Expertenrolle schärft unseren Blick für Eigenschaften, die von ihren Trägern bis heute erwartet werden: Ausgewiesenes Spezialistentum, Unabhängigkeit, Freiheit von Interessenkonflikten, Verständlichkeit für Laien. Auch die Grenzen der Rolle werden für uns nachvollziehbar: Wie im Gericht antworten Expertinnen in der Politik und in den Medien auf Fragen, die andere an sie stellen, und üben selbst keine Entscheidungsgewalt aus. Ihre kommunikative Rolle ist damit strengen Einschränkungen unterworfen, die sie daran hindern sollen, ein Gespräch oder Verfahren selbst zu steuern.

Ist dann die Expertokratie, historisch gesehen, ein Widerspruch in sich?

Ja, denn die Rolle des Experten konnte erst in einer Welt entstehen, in der die Sphären von Wissen und Macht als getrennte Felder von eigener Gesetzmäßigkeit angesehen worden sind. Voraussetzung des Experten war die Einsicht der Mächtigen, auf unabhängigen Spezialistenrat angewiesen zu sein, und die Einsicht der Spezialisten, keine Kompetenz zur Machtausübung zu besitzen. Die moderne Geschichte hat dieser arbeitsteiligen Ordnung Recht gegeben. Es gibt kein historisches Beispiel einer langfristig erfolgreichen Expertenherrschaft, in der wissenschaftliches Spezialistentum und politische Machtausübung personell miteinander verschmolzen gewesen wären.

Wenn wir im 17. Jahrhundert ansetzen wollen: Wie steht es dann um das Beziehungssystem von Expertise und Demokratie? Wie lässt es sich beschreiben, welchen (zentralen) Wandlungen unterlag es und – umgekehrt – was, wenn es diese gäbe, wären Konstanten in diesem Beziehungssystem?

Wenn die Figur des Experten älter ist als die moderne Demokratie, dann heißt das auch, dass Expertentätigkeit nicht auf demokratische Strukturen angewiesen ist. Ich würde sogar sagen, dass die Figur des Experten Demokratien vor besondere Probleme stellt, denn der privilegierte Zugang von Experten zu Machträgern steht in einem Spannungsverhältnis zur Norm der bürgerlichen Gleichheit. Die Folgen davon zeigten sich schon in der Französischen Revolution. Als mit den Jakobinern radikale Gleichmacher ans Ruder kamen, haben sie die führenden Experteninstitutionen aus dem Ancien Régime, die königlichen Akademien, zerstört und eine Reihe herausragender Experten, darunter auch überzeugte Revolutionäre wie Antoine Lavoisier, hingerichtet. Freilich konnten sie damit nicht den Widerspruch aus der Welt schaffen, dass die revolutionäre Republik ebenso auf Expertenrat angewiesen war wie die Monarchie zuvor.

Also gehörte die Expertise doch von Anbeginn zur Demokratie?

Zur modernen Demokratie ganz gewiss. Expertinnen sind in ihr zugleich unverzichtbar und hochsuspekt. Besonders ausgeprägt ist der Widerspruch in den Vereinigten Staaten, wo sich die egalitäre Anfeindung und privilegierte Anhörung von Experten wie ein roter Faden durch die Geschichte ziehen. Um den Widerspruch zu entschärfen, waren Demokratien im Vergleich zu Monarchien und Diktaturen stärker darauf angewiesen, die funktionale Trennung von Expertinnen und Machträgern im politischen Entscheidungsprozess öffentlich sichtbar zu machen. Die Trennung musste stets die Möglichkeit einschließen, dass gewählte Volksvertreter legitime Gründe haben konnten, anders zu entscheiden, als es Experten ihnen nahelegten. Das bedingte weder eine Abwertung der Expertise noch eine wissenschaftsfeindliche Einstellung. Es konnte einfach an der höheren Gewichtung anderer, gesellschaftlich relevanter Kriterien liegen. Der öffentliche Konsens, dass Demokratie auf eine gewisse Unverbindlichkeit der wissenschaftlichen Expertise angewiesen ist, um ihren deliberativen und egalitären Prinzipien gerecht zu werden, war immer fragil, kippte aber in Zeiten breit diagnostizierter Krisenhaftigkeit besonders leicht. Das war der Fall nach dem Sputnikschock, nach dem Ölpreisschock und in jüngerer Zeit in der Finanz-, Staatsschulden-, Klima- und Coronakrise.

Unterliegt die Beziehung von Expertise und Demokratie dem Konjunkturzyklus?

Ja, aber mit antizyklischen Effekten. Krisen sind Boomphasen für Experten. Sie haben nun dreierlei zu leisten, und das auf der medialen wie der politischen Bühne: Ursachenanalyse, Lagebeurteilung und Lösungsvorschläge. Diese Trias gibt ihren Empfehlungen eine ganz andere Dringlichkeit, zumal der Handlungsdruck in Krisenzeiten auch das öffentliche Austragen von Dissens unter Expertinnen erschwert. Regierungen sehen sich dem Imperativ ausgesetzt, Expertenmeinungen zu folgen. Wollen sie das Steuer nicht aus der Hand geben, können sie noch versuchen, jene Expertinnen ins mediale Scheinwerferlicht zu stellen, deren Meinungen sie sich ohnehin gerne anschließen. Das hat den zusätzlichen Vorteil, dass sie sich im Fall von medialem Gegenwind gegen ihre Krisenpolitik hinter den Experten verstecken und Verantwortung abschieben können. In Krisenzeiten haben damit beide, Exekutivpolitikerinnen und Experten, ein Interesse daran, technokratische Einstellungen zu fördern. Gelingt es ihnen, droht ihnen aber gleichzeitig eine Fundamentalopposition in der Form des populistischen Mantras, das Volk werde vom Establishment verraten und müsse die Deutungshoheit und Bestimmungsmacht über das Geschehen an sich reißen.

Nochmals Stichwort Expertokratie: Bankenkrise, Klimakrise, Coronakrise – welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten gab es zwischen ihnen beim Bedarf nach Erklärung und Bewältigung von Krisen durch Expertise?

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass gerade die jetzige Pandemiebekämpfung mit der Diagnose der Expertokratie belegt wird. Sie hat viel mit der medialen Inszenierung von Experten, aber wenig mit der politischen Realität zu tun. Es gibt kein Land, das von Virologinnen oder Epidemiologen regiert wird, und nur in ganz wenigen Staaten sind gewählte Politiker verpflichtet, den Vorgaben ihrer Gesundheitsbehörde zu folgen. Die heutigen Diagnosen einer Corona-Expertokratie leiden an akuter Vergesslichkeit. Sie blenden aus, dass wir es erst gerade mit einer Krise zu tun hatten, die in Sachen technokratischer Kompetenzüberschreitung und demokratischer Kollateralschäden von ganz anderer Tragweite war. In der Eurokrise mussten demokratisch gewählte Regierungen in Italien und Griechenland ökonomischen Technokraten weichen, das Ergebnis einer Volksabstimmung in Griechenland wurde missachtet und

die Krisenpolitik zu großen Teilen an Institutionen wie die EZB oder den IWF ausgelagert. Allerdings erfolgte der expertokratische Durchgriff nicht, weil Zentralbanker und Währungsexperten die Macht an sich rissen, sondern weil die politischen Institutionen der Europäischen Union nicht handlungsfähig waren und noch so gerne Verantwortung abgaben. Wenn man Politikversagen in großem Stil diagnostizieren möchte, dann könnte man es hier tun, und die einzige Parallele zur Coronakrise besteht denn auch darin, dass die Institutionen der EU zehn Jahre später beim Ausbruch der Pandemie erneut paralytisch waren. Diesmal jedoch übernahmen nicht internationale Expertenorganisationen, sondern die nationalen Regierungen die Krisenpolitik, was mit Blick auf die Wahrung demokratischer Grundregeln viel weniger problematisch ist.

Bei der Klimakrise ist es nochmals anders. Hier sehe ich vor allem zwei Unterschiede zur Coronakrise. Einer betrifft das Wissen, der andere die Kommunikation. Der Bestand an wissenschaftlicher Erkenntnis über den Klimawandel ist aufgrund jahrzehntelanger Forschung viel größer als über Covid-19. Zentrale Fragen zur Erderwärmung sind geklärt und bedürfen keiner weiteren Diskussion. Dass nun aber, ganz anders als in der Coronaforschung, kaum noch Diskussionen unter Expert:innen an die Öffentlichkeit dringen, hat einen anderen Grund. Die Klimaforschung hat in Reaktion auf die anhaltenden Attacken auf ihre Glaubwürdigkeit die Kommunikation ihrer Ergebnisse und Empfehlungen so stark zentralisiert, dass selbst dort, wo weiterhin offene Fragen und wissenschaftliche Ungewissheiten bestehen, die öffentliche Austragung von Dissens kaum stattfinden kann. Damit nimmt die Klimaforschung in Kauf, dass Relativierer und Leugnerinnen des Klimawandels ihr Zerrbild einer geschlossenen, gegen Kritik immunisierten Expertengemeinschaft noch einfacher kultivieren können. Angesichts des kommunikativen Korsetts, das sich die Klimaforschung auferlegt, erstaunt es auch nicht, dass es die moralisierende Wucht einer Jugendbewegung brauchte, um der Klimapolitik eine neue Dringlichkeit zu verleihen. Die Klimakrise wird uns wohl noch länger begleiten als die Coronakrise, aber bei beiden hängt die Glaubwürdigkeit der Expertise entscheidend davon ab, ob es gelingt, die Grenzen des wissenschaftlichen Wissens und damit auch den Spielraum der Politik klar zu markieren. Dafür müssen Forschende bereit sein, offen über jene Fragen zu sprechen, die noch nicht beantwortet sind und einer Diskussion bedürfen. Die Expertenrolle verlangt, genauso sorgfältig über das zu sprechen, was man nicht weiß, wie über das, was man weiß.

Die Rede von der Expertokratie betrifft auch den Streit um den Stellenwert demokratischer Aushandlung, stellt also konkret auf wissenschaftlichen Einfluss auf Politik ab. Wie ist es aber umgekehrt? Wie wird in der Wissenschaft der Einfluss von Politik, etwa über Forschungsförderung, reduzierte Grundausrüstung von Wissenschaft und Drittmittelgebenden, verhandelt? Kurz: Expertise mag Demokratie befruchten und bedrohen, aber gilt das nicht auch umgekehrt?

Wissenschaft und Demokratie sind beides Systeme, die auf die klärende Kraft der argumentativen Auseinandersetzung setzen. Insofern sind sie sich gegenseitig eine Stütze. Das bedeutet aber auch, dass Veränderungen der Streitkultur in einem System Auswirkungen auf das andere hat – und noch vertrackter: dass die Veränderung der Interaktion zwischen den Systemen Folgen für die Streitkultur in beiden hat. Letzteres ist heute im Zeichen der verwissenschaftlichten Politik besonders der Fall.

Eine Pointe meines Buches über die Geschichte von Expertenskandalen lautet: das Reden über eine wissenschaftlich basierte Politik der letzten Jahrzehnte hat nicht etwa dazu geführt, dass Experten einen stärkeren Zugriff auf die politische Entscheidungsfindung gewonnen haben, sondern dass die Politik viel umfassender in die Wissenschaft eingreifen kann. Indem Regierungsminister bestimmte Expertinnen auf Pressekonferenzen mitnehmen und zu bestimmten Themen unter medialer Begleitung Expertenkommissionen einsetzen, können sie verstärkten Einfluss auf den innerwissenschaftlichen Macht- und Reputationswettbewerb nehmen. Mehr noch: Sie können Signale aussenden, welche Forschungsrichtungen und welche Forschende Relevanz beanspruchen dürfen und welche nicht. Und da Forschung noch immer größtenteils von der öffentlichen Hand finanziert wird, können sie damit auch die Weichen für die künftige Verteilung von Forschungsgeldern stellen. Wenn das Ideal expertengestützter Entscheidungsabläufe in der Praxis als List einer Regierungspolitik funktioniert, die Forschung instrumentalisiert und unter Berufung auf Experten potentiell kontroverse Themen entpolitisiert, wird die parlamentarische Opposition fast dazu gedrängt, Kritik an der Regierung mit einer Infragestellung der Wissenschaft zu verbinden. Um zu repolitisieren und damit diskutierbar zu machen, was die Regierung entpolitisiert, muss sie die Aussagen und damit die Kompetenz der Regierungsexperten in Zweifel ziehen. Eine solche Konstellation ist wie geschaffen für Populisten, die keine Scheu davor haben, die Wissenschaft

dem Establishment zuzuschlagen und ihren Wahrheitsanspruch radikal zu relativieren. Wenn politische Gegner einen Streit um die Grenzen der Wissenschaft austragen, haben die involvierten Expertinnen nichts zu gewinnen. Umso mehr müssen sie sich durchringen, diese Diskussion selber führen, und zwar nicht im geschützten Raum der Universität, sondern vor der Öffentlichkeit.

Gehen wir (etwas) weg von der Politik, hin zum eigentlichen Demos: Anhänger:innen der Fridays-for-Future-Bewegung haben wissenschaftlicher Expertise eine hohe Priorität zugeschrieben und die Politik gemahnt, diese nicht zu ignorieren. Drückt sich hierin eine Tendenz zur Expertokratie aus, wie sie seit längerem prognostiziert wird, oder verweist die Kritik von Fridays-for-Future auf eine gegenteilige Entwicklung – den Relevanzverlust wissenschaftlicher Expertise?

Ein klares Zeichen für den Relevanzverlust der wissenschaftlichen Expertise sehe ich nur in Staaten, die von Populisten regiert werden. Das betrifft den Umgang mit dem Klimawandel genauso wie jener mit dem Coronavirus, nur sind die Auswirkungen bei letzterem, wie man am Beispiel Brasiliens und Amerikas sehen kann, viel unmittelbarer spürbar. Die politische Dynamik, die Fridays-for-Future entfacht hat, hat meines Erachtens wenig damit zu tun, dass sich die Klimajugend die Politik als Ausführungsorgan der Wissenschaft wünscht. Solche Stimmen gab es schon zuvor. Vielmehr hat sie es geschafft, die älteren Generationen, die sie als Hauptverantwortliche für die Erderwärmung ansprach, mit moralischen Imperativen unter Handlungsdruck zu setzen. Die Sprecherposition der Jugend, die vom Nichtstun am stärksten betroffen wäre, gab der Aufforderung eine besondere Dringlichkeit. Die Tatsache, dass es Greta & Co. brauchte, um Bewegung in die Sache zu bringen, würde ich nicht auf eine breite Geringschätzung der wissenschaftlichen Expertise durch die Politik zurückführen. Auch Länder ohne prominente Klimaleugner à la Dick Cheney blieben lange untätig. Die große Schwierigkeit der Klimapolitik besteht nicht in der Existenz einer Minderheit von lautstarken Leugnern des Klimawandels, sondern in der Tatsache, dass die Bedrohung für die meisten Menschen nach wie vor zu abstrakt und die Auswahl an möglichen Maßnahmen zu komplex ist. Man muss den Klimawandel nicht leugnen, um nichts zu tun, solange man ihn so leicht verdrängen kann.

Experten, die zu medial erkennbaren Gesichtern der Pandemie wurden, sind in der Regel Männer. Oft ist die Klage zu hören, dass etwa in TV-Nachrichten, in Zeitungen diese Dominanz reproduziert, mithin auch perpetuiert werde, obwohl es ausreichend weibliche Expertise gibt. Wie erklären Sie sich das? Und sehen Sie Tendenzen einer Abkehr? Oder ist dies gar ein öffentlicher Eindruck, der innerhalb der Wissenschafts-Community nicht mehr zutrifft?

Zu Beginn der Pandemie konnte man tatsächlich meinen, die Rolle des medial dauerpräsenten Krisenexperten sei die letzte Bastion des wissenschaftlichen Patriarchats. In der Zwischenzeit hat es sich etwas verbessert, wenn auch auf tiefem Niveau. Die Aussage, es fehle in krisenrelevanten Disziplinen wie der Virologie und Epidemiologie an qualifizierten Forscherinnen, trifft sicher nicht zu. Ebenso wenig kann man die Tatsache, dass von März bis Mai ein Alexander Kekulé auf allen Kanälen zu sehen war, eine Isabella Eckerle aber nicht, kaum auf ihren jeweiligen Forschungsausweis zurückführen – es sei denn, man erklärt die Flaute in Kekulé's Labor zum Vorteil für die zeitraubende Expertentätigkeit im Fernsehen. Gleichzeitig haben mir Wissenschaftsjournalistinnen verschiedener Medien in Deutschland und der Schweiz versichert, es habe schon zu Beginn nicht an Bemühungen gefehlt, Expertinnen für Interviews zu gewinnen. Nur hätten die angefragten Frauen reihenweise abgesagt, während sich die Männer gerne zur Verfügung stellten. Das Fehlen weiblicher Expertenstimmen dürfte also weniger auf aktive Diskriminierung als auf kulturelle Barrieren zurückzuführen sein. Der Auftritt als Expertin verlangt eine Kombination von Verhaltensweisen, die noch heute männlich konnotiert sind und damit auf Frauen abschreckend wirken können. Man muss öffentlich in aller Selbstverständlichkeit als Repräsentantin eines ganzen Forschungsfeldes auftreten, ohne von der eigenen Fachcommunity in diesen Rang gewählt worden zu sein. Man muss dabei Komplexität reduzieren bis an die Schmerzgrenze, womit man neben Neid und Missgunst auch Kritik und Verachtung von Kollegen auf sich zieht. Schließlich muss man, gerade als Frau, mit Anfeindungen aus der breiten Öffentlichkeit rechnen und diese, so gut es geht, an sich abtropfen lassen können. Ich bewundere daher die Frauen, die es jüngst trotzdem gewagt haben, und hoffe, dass durch ihre Vorbildfunktion auch die Figur der Expertin zu einer neuen Normalität wird.

Klima- und Coronakrise sind auch die Zeit öffentlicher Expertise. Laufen da Expert:innen nicht Gefahr, Aktivist:innen zu werden? Oder muss

Wissenschaft nicht sogar aktivistisch werden, wenn Politik handlungsunfähig bzw. -willig ist?

Wissenschaft muss aktivistisch werden, wenn ihr die Politik die kalte Schulter zeigt oder ihre Ergebnisse und Empfehlungen ins Gegenteil verkehrt. Nur ist die Rolle der Expertin dafür aufgrund der Einschränkungen, die ich zu Beginn genannt habe, nicht geeignet. Für öffentliches Engagement müsste die Rolle des fachlich ausgewiesenen Intellektuellen reaktiviert werden, deren Mobilisierungspotential vor allem in den Naturwissenschaften zu wenig genutzt wird. In gewisser Weise stellen technokratische Selbstinszenierungen den Versuch dar, aus der Expertenrolle alles herauszupressen, was sie an aktivistischem Potential birgt. Das mag auf Twitter oder Facebook noch einigermaßen klappen, aber sobald die Inszenierung mit einer offiziellen Tätigkeit in der wissenschaftlichen Politikberatung einhergeht, ist sie zum Scheitern verurteilt. Man kann, wie es der ehemalige britische Innenminister Alan Johnson treffend gesagt hat, nicht zugleich unabhängiger Experte für die Regierung und Aktivist gegen die Regierung sein. Wer sich für den Aktivismus entscheidet, muss sein Expertenamt aufgeben.

Das Internet und insbesondere die sozialen Medien sind Orte der Vermittlung von Wissen geworden. Expertise kann sich jenseits von journalistischen Gatekeepern und Politik erklären und engagieren. Was macht das mit den Expert:innen?

Die wachsende Bedeutung der neuen Medien führt meines Erachtens weder zu einer größeren Unabhängigkeit der Wissenschaft von der Politik noch zu einem Relevanzverlust der alten Medien. Vielmehr entstand in der Coronakrise, was die Kommunikation von Expertise angeht, eine viel stärkere Interaktion zwischen alten und neuen Medien, von der beide profitieren. Nach Ausbruch der Pandemie haben viele Forschende ihre Twitter-Aktivität massiv ausgebaut. Die Plattform wurde nicht nur dazu genutzt, um provisorische Ergebnisse eigener Studien und Kommentare zu anderen Papers zu posten, sondern auch um Einschätzungen zur Gefahrenlage und politische Empfehlungen abzugeben. Damit leistete Twitter für Redakteurinnen alter Medien zweierlei: Es wurde zu einer erstrangigen Informationsquelle und einer Rekrutierungsplattform für angehende Experten. Und da auf Twitter jene Stimmen dominieren, die keine Scheu vor Zuspitzung und Polemik zeigen, gab es bald eine Reihe von Männern, die

als Experten im Fernsehen, am Radio oder in Zeitungen pointierte Kommentare zum Pandemiegeschehen und Ratschläge an die Adresse der Politik abgaben. Sobald die Sendung ausgestrahlt oder das Interview publiziert war, posteten sie wiederum auf Twitter die saftigsten Zitate daraus. Wie es um ihre Fachkompetenz stand, war aufgrund der Twitter-Kommunikation schwer einzuschätzen und wurde von vielen Medienschaffenden auch nicht überprüft. So bestand bei einzelnen Figuren zwischen Expertenprominenz und wissenschaftlicher Reputation eine Schiefelage, und diese wurde noch grösser, wenn die betreffenden Herren, was die Verbindlichkeit ihrer politischen Forderungen betraf, mit dem Gestus expertokratischer Souveränität auftraten. So gut sich Twitter als Forum für den raschen Austausch von wissenschaftlichen Rohinformationen eignet, so ambivalent wirkt es als Plattform für den Aufbau von Expertise.

Anstelle eines prognostischen Blicks nach vorn, der historische Blick zurück, um nach vorn schauen zu können. Ganz intuitiv: Welches historische Szenario kommt Ihnen ins Auge, von dem Sie sagen würden, dieses Zusammenspiel von Expertise und Demokratie hätte es nie geben sollen?

Für das größte Fiasko einer demokratischen Auseinandersetzung, die in der jüngeren Geschichte unter Rückgriff auf wissenschaftliche Expertise geführt wurde, halte ich die Kampagne des Remain-Lagers in Großbritannien vor dem Brexit-Votum 2016. Wie der Politologe Matthew Goodwin gezeigt hat, entschied sich das Team um David Cameron schon früh, auf normative Argumente für den Verbleib in der Europäischen Union zu verzichten. Öffentliche Umfragen hatten ergeben, der Ruf der EU in dem britischen Volk sei so schlecht, dass Appelle an europäische Werte und Solidarität in den Wind gesprochen seien. So entschied man sich, die ökonomischen Folgen eines Austritts aus der EU in den Mittelpunkt der Kampagne zu stellen. Dazu brauchte man nationale und internationale Expertenorganisationen, die Prognosen abgaben, wonach Großbritannien im Fall einer Annahme des Referendums sofort in eine lang anhaltende Rezession abgleiten würde. Die Botschaft war so einfach wie undemokratisch: Wer Verstand hat, hat keine Wahl. Zur Achillesferse der Strategie wurde jedoch, dass die Glaubwürdigkeit ökonomischer Experten seit der Finanzkrise arg gelitten hatte und der Großteil der Bevölkerung wirtschaftlich so schlecht gestellt war, dass er sich von einer Angstkampagne nicht mehr erschrecken ließ. Dies nutzte die Leave-Kampagne skrupellos aus. Erst erzeugte sie Aufbruchsstimmung mit

großmundigen Versprechen von Freiheit und Selbstbestimmung, dann spielte sie den „wahren Instinkt“ des Volkes gegen das „falsche Wissen“ der Experten aus, und schließlich feierte sie nach gewonnener Abstimmungsschlacht auch noch den Triumph, dass die kurzfristigen Expertenprognosen des Remain-Lagers nicht eintrafen. Am meisten bedrückt mich an dieser Geschichte aber, dass man im Remain-Lager, mit dem ich politisch sympathisiere, bis heute die Wunden leckt und die berechtigte Wut auf Boris Johnson zum Vorwand nimmt, um mit demokratisch problematischen Strategien weiterzufahren.

Wo, in welchem Beispiel, würden Sie ein idealtypisch *gutes* Beispiel für das Zusammenspiel von Expertise und Demokratie sehen?

Das idealtypisch gute Beispiel gibt es wohl nicht – sonst wäre es nicht „idealtypisch“. Aber wenn ich einen jüngeren Fall anführen müsste, bei dem wissenschaftliche Expertise die demokratische Debatte bereichert hat, so wäre es die Auseinandersetzung um das ausgehandelte, aber noch nicht ratifizierte Rahmenabkommen der Schweiz mit der Europäischen Union. Als die Eckpunkte des Abkommens bekannt wurden, haben die vorbereitenden Kommissionen im Parlament eine Anhörung mehrerer Expertinnen aus unterschiedlichen Disziplinen durchgeführt und diese im Netz live übertragen. Das Vorhaben war riskant, weil solche Anhörungen normalerweise unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, um den freien Meinungs austausch zu erleichtern. Die Einschätzungen der Experten zum Vertragsentwurf gingen weit auseinander, aber da zwischen ihnen zugleich ein Grundkonsens bestand, dass der Vertrag für die Schweiz von enormer Tragweite sein würde und dabei Chancen wie Gefahren berge, war die Diskussion zugleich lebendig, respektvoll und instruktiv. Am meisten beeindruckt hat mich aber, dass die Parlamentarier den Expertinnen während mehrerer Stunden die Bühne überließen und ihren Ausführungen folgten, ohne den Eindruck zu erwecken, sie würden dabei ihre politische Verantwortung für das Geschäft aus der Hand geben. Allerdings gibt es auch bei dieser Geschichte einen Haken: Mein Lob kommt verfrüht, denn nach dem vielversprechenden Auftakt der Debatte wurde das Geschäft, wie es bei heiklen Materien in der Schweiz nicht selten vorkommt, auf die lange Bank geschoben. Dort liegt es bis heute, und so wird sich erst weisen müssen, ob daraus eine Sternstunde für das Zusammenwirken von Demokratie und Expertise wird.

Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Über die Autor:innen

Michael Lühmann und **Luisa Rolfes**; Redaktionsleitung der *indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*.

Caspar Hirschi; geb. 1975, ist seit 2012 Professor für Geschichte an der Universität St. Gallen. Er studierte an den Universitäten Fribourg und Tübingen und lehrte an der Universität Cambridge und an der ETH Zürich. 2012 veröffentlichte er bei Cambridge University Press *The origins of nationalism: An alternative history from ancient Rome to early modern Germany*. Sein jüngstes Buch erschien 2018 bei Matthes & Seitz unter dem Titel *Skandal-experten – Expertenskandale. Zur Geschichte eines Gegenwartsproblems*.